

D. 97 — 823

[C - 33008]

**28. OKTOBER 1996 — Erlaß der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Einführung des politischen Urlaubs für die Personalmitglieder des Gemeinschaftlichen und Regionalen Amtes für Berufsbildung und Arbeitsbeschaffung**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. und 18. Juli 1990, vom 5. Mai 1993 und vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Dekretes vom 19. Dezember 1988 über die Organisation der Berufsausbildung, abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 1992;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 26. September 1994 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze des Verwaltungs- und Besoldungsstatuts der Staatsbediensteten, die auf das Personal der Dienststellen der Gemeinschafts- und Regionalregierungen und der Kollegien der gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der französischen Gemeinschaftskommission sowie der von ihnen abhängenden juristischen Personen öffentlichen Rechts anwendbar sind, insbesondere des Artikels 9;

Aufgrund des Protokolls Nr. 167 vom 24. Februar 1995 des Sektorenausschusses Nr. XVI;

Aufgrund des Gutachtens der Finanzinspektion vom 11. Oktober 1996;

Aufgrund des Einverständnisses des Haushaltsministers vom 18. Oktober 1996;

Aufgrund der Zustimmung des föderalen Ministers der Pensionen;

In Erwägung des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 6. April 1995 zur Einführung des politischen Urlaubs für die Personalmitglieder der Einrichtungen öffentlichen Interesses der Wallonischen Region;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat, insbesondere des Artikels 3, § 1, abgeändert durch das Gesetz vom 4. Juli 1989;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, daß das Inkrafttreten der diesbezüglichen Regelung der Wallonischen Region für das Personal des GRABA vom Inkrafttreten vorliegenden Erlasses abhängt und die Umsetzung im Interesse des betroffenen Personals keinen Aufschub duldet;

Auf Vorschlag des Ministers für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales,

Beschließt:

**Artikel 1** - Die Personalmitglieder des Gemeinschaftlichen und Regionalen Amtes für Berufsbildung und Arbeitsbeschaffung, die ein vollzeitiges Amt ausüben, haben Recht auf einen politischen Urlaub zwecks Ausübung eines politischen Mandats oder eines Amtes, das ihm gleichgestellt werden kann, und zwar in den nachstehenden Fällen und unter Einhaltung der hierunter festgelegten Modalitäten.

Im Sinne des vorliegenden Erlasses versteht man unter "Personalmitgliedern" die endgültig ernannten oder zur Probezeit zugelassenen Bediensteten sowie die vertraglich angestellten Personalmitglieder.

**Art. 2** - Unter "politischem Urlaub zwecks Ausübung eines politischen Mandats oder eines Amtes, das ihm gleichgestellt werden kann" versteht man:

1. entweder eine Dienstbefreiung, die keine Auswirkung auf die Verwaltungs- und Besoldungslage der Personalmitglieder hat;
2. oder einen nicht obligatorischen politischen Urlaub, der auf Antrag der Personalmitglieder gewährt wird;
3. oder einen von Amts wegen gewährten politischen Urlaub, auf den die Personalmitglieder nicht verzichten können.

**Art. 3** - Auf Antrag der Personalmitglieder wird eine Dienstbefreiung zwecks Ausübung der folgenden politischen Mandate gewährt:

1. Gemeinderatsmitglied, das weder Bürgermeister noch Schöffe ist, oder Mitglied eines Sozialhilferates, das nicht dessen Vorsitzender ist, in einer Gemeinde von:

- a) höchstens 10 000 Einwohnern: ein halber Tag pro Monat;
- b) 10 001 oder mehr Einwohner: ein Tag pro Monat;

2. Bürgermeister, Schöffe oder Vorsitzender des Sozialhilferates in einer Gemeinde von höchstens 30 000 Einwohnern: ein Tag pro Monat;

3. Schöffe oder Vorsitzender des Sozialhilferates in einer Gemeinde von 30 001 bis 50 000 Einwohnern: ein Tag pro Monat;

4. Mitglied des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft, mit Ausnahme des Präsidenten: ein Tag pro Monat;
5. Provinzialratsmitglied, das kein Mitglied des Ständigen Ausschusses ist: ein Tag pro Monat.

Die Dienstbefreiung läßt sich nach Belieben des Betroffenen pro Tag oder halben Tag nehmen. Sie kann nicht von einem Monat auf den folgenden Monat übertragen werden, außer wenn sie zwecks Ausübung eines Mandats als Provinzialratsmitglied gewährt worden ist.

**Art. 4** - Auf Antrag der Personalmitglieder wird ein nicht obligatorischer politischer Urlaub zwecks Ausübung eines der folgenden politischen Mandate gewährt:

1. Bürgermeister einer Gemeinde von:

- a) höchstens 30 000 Einwohnern: ein bis vier Tage pro Monat;
- b) von 30 001 bis 50 000 Einwohnern: das Viertel einer Vollzeitbeschäftigung;
- c) von 50 001 bis 80 000 Einwohnern: die Hälfte einer Vollzeitbeschäftigung;

2. Schöffe oder Vorsitzender des Sozialhilferates in einer Gemeinde von:

- a) höchstens 10 000 Einwohnern: eins bis drei Tage pro Monat;
- b) von 10 001 bis 50 000 Einwohnern: das Viertel einer Vollzeitbeschäftigung;

c) von 50 001 bis 80 000 Einwohnern: das Viertel einer Vollzeitbeschäftigung;

d) von 80 001 bis 130 000 Einwohnern: die Hälfte einer Vollzeitbeschäftigung;

3. Mitglied des Ständigen Büros eines Sozialhilferates in einer Gemeinde von:

a) höchstens 10 000 Einwohnern: ein bis zwei Tage pro Monat;

b) von 10 001 bis 20 000 Einwohnern: ein, zwei oder drei Tage pro Monat;

c) mehr als 20 000 Einwohnern: ein bis fünf Tage pro Monat;

4. Gemeinderatsmitglied, das weder Bürgermeister noch Schöffe ist oder Mitglied eines Sozialhilferates, das nicht dessen Vorsitzender ist, in einer Gemeinde von:

a) höchstens 10 000 Einwohnern: ein halber Tag pro Monat;

b) 10 001 oder mehr Einwohnern: ein Tag pro Monat.

**Art. 5** - Die Personalmitglieder werden von Amts wegen in einen politischen Urlaub zwecks Ausübung der folgenden politischen Mandate versetzt:

1. Bürgermeister einer Gemeinde von:

a) von 20 000 bis 30 000 Einwohnern: zwei Tage pro Monat;

b) von 30 001 bis 50 000 Einwohnern: das Viertel einer Vollzeitbeschäftigung;

c) von 50 001 bis 80 000 Einwohnern: die Hälfte einer Vollzeitbeschäftigung;

d) mehr als 80 000 Einwohnern: vollzeitig;

2. Schöffe oder Vorsitzender des Sozialhilferates in einer Gemeinde von :

a) von 20 001 bis 50 000 Einwohnern: zwei Tage pro Monat;

b) von 50 001 bis 80 000 Einwohnern: das Viertel einer Vollzeitbeschäftigung;

c) von 80 001 bis 130 000 Einwohnern: die Hälfte einer Vollzeitbeschäftigung;

d) mehr als 130 000 Einwohnern: vollzeitig;

3. Mitglied des ständigen Ausschusses eines Provinzialrates: vollzeitig;

4. Präsident des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft: vollzeitig;

5. Mitglied einer der gesetzgebenden Kammern, des Europäischen Parlaments, eines Gemeinschafts- bzw. Regionalrates, mit Ausnahme des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft: vollzeitig;

6. föderaler, gemeinschaftlicher, regionaler Minister oder Staatssekretär oder Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften: vollzeitig;

7. Mitglied des Rates der Region Brüssel-Hauptstadt: die Hälfte einer Vollzeitbeschäftigung;

8. Mitglied der Regierung der Region Brüssel-Hauptstadt: vollzeitig.

Der von Amts wegen gewährte politische Urlaub beginnt am Datum der Eidesleistung, die der Wahl oder der Bezeichnung zum erwähnten politischen Mandat folgt.

**Art. 6** - In Abweichung von Artikel 1 werden die Personalmitglieder, die ein nicht vollzeitiges Amt ausüben, trotzdem von Amts wegen in einen vollzeitigen politischen Urlaub zwecks Ausübung eines in Artikel 5 vorgesehenen politischen Mandats versetzt, soweit der entsprechende, von Amts wegen gewährte politische Urlaub, mindestens die Hälfte einer Vollzeitbeschäftigung beträgt.

**Art. 7** - Für die Anwendung der Artikel 3, 4 und 5 wird die Anzahl Einwohner gemäß den Bestimmungen der Artikel 5 und 29 des neuen Gemeindegesetzes festgelegt.

**Art. 8 - § 1** - Die Zeitspannen des nicht obligatorischen oder von Amts wegen gewährten politischen Urlaubs werden nicht entlohnt. Sie werden dem aktiven Dienst gleichgestellt.

Während der Dauer des von Amts wegen gewährten Urlaubs zwecks Ausübung eines Mandats als Mitglied des Wallonischen Rates oder der Wallonischen Regierung sind die Personalmitglieder nicht berechtigt, ihre Rechte auf Beförderung geltend zu machen.

§ 2 - Was die vertragsangestellten Personalmitglieder betrifft, wird der Vertrag während der Dauer des nicht obligatorischen oder von Amts wegen gewährten politischen Urlaubs ausgesetzt. Für die Beförderung im Gehalt wird diese Zeitspanne als annehmbarer Dienst berücksichtigt.

**Art. 9 - § 1** - Der politische Urlaub endet spätestens am letzten Tag des Monats, der dem Ende des Mandats folgt. Zu diesem Zeitpunkt erhält der Betroffene seine statutarischen oder vertraglichen Rechte zurück. Wenn er in seiner Stelle nicht ersetzt worden ist, besetzt er diese Stelle wieder, wenn er seine Tätigkeit wieder aufnimmt. Wenn er ersetzt worden ist, wird er gemäß den von der Regierung festgelegten Bestimmungen einer anderen Stelle zugeteilt.

§ 2 - Nach der Wiederaufnahme ihres früheren Amtes sind die Personalmitglieder nicht berechtigt, ihr Gehalt mit eventuellen Vorteilen, die mit der Ausübung von in Artikel 5 erwähnten politischen Mandaten verbunden sind und einer Vergütung zur Wiederanpassung entsprechen, zu kumulieren.

Eupen, den 28. Oktober 1996

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Minister-Präsident,

Minister für Finanzen, internationale Beziehungen, Gesundheit,  
Familie und Senioren, Sport und Tourismus,

J. MARAITE

Der Minister für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales,

K.-H. LAMBERTZ

## TRADUCTION

F. 97 — 823

[C - 97/33008]

**28 OCTOBRE 1996. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone instaurant le congé politique pour les membres du personnel de l'office communautaire et régional pour la formation professionnelle et l'emploi**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, modifiée par les lois des 6 juillet 1990, 18 juillet 1990, 5 mai 1993 et 16 juillet 1993;

Vu le décret du 19 décembre 1988 portant organisation de la formation professionnelle, modifié par le décret du 29 juin 1992;

Vu l'arrêté royal du 26 septembre 1994 fixant les principes généraux du statut administratif et pécuniaire des agents de l'Etat applicables au personnel des services des Gouvernements de Communauté et de Région et des Collèges de la Commission communautaire commune et de la Commission communautaire française ainsi qu'aux personnes morales de droit public qui en dépendent, notamment l'article 9;

Vu le protocole n° 167 du 24 février 1995 du comité de secteur XVI;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 11 octobre 1996;

Vu l'accord du Ministre du Budget, donné le 18 octobre 1996;

Vu l'approbation du Ministre fédéral des Pensions;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 6 avril 1996 instituant le congé politique pour les membres du personnel des organismes d'intérêt public relevant de la Région wallonne;

Vu les lois coordonnées sur le Conseil d'Etat, notamment l'article 3, § 1, modifié par la loi du 4 juillet 1989;

Vu l'urgence;

Considérant que l'entrée en vigueur de la réglementation y afférente de la Région wallonne pour le personnel du FOREM dépend de l'entrée en vigueur du présent arrêté et que l'application ne souffre aucun délai dans l'intérêt du personnel concerné;

Sur la proposition du Ministre de la Jeunesse, de la Formation, des Médias et des Affaires sociales,

Arrête :

**Article 1<sup>er</sup>.** Les membres du personnel de l'Office communautaire et régional pour la Formation professionnelle et l'Emploi qui exercent une fonction à temps plein ont droit, dans les cas et selon les modalités fixées ci-après, à un congé politique pour l'exercice d'un mandat politique ou d'une fonction qui peut y être assimilée.

Par "membres du personnel", au sens du présent arrêté, il faut entendre: les agents définitifs ou stagiaires et les membres du personnel engagés par contrat de travail.

**Art. 2.** Par « congé politique pour l'exercice d'un mandat politique ou d'une fonction qui peut y être assimilée », il faut entendre :

1° soit une dispense de service qui n'a aucune incidence sur la situation administrative et pécuniaire des membres du personnel;

2° soit un congé politique facultatif accordé à la demande des membres du personnel;

3° soit un congé politique d'office auquel les membres du personnel ne peuvent pas renoncer.

**Art. 3.** A la demande des membres du personnel, une dispense de service est accordée pour l'exercice des mandats politiques suivants :

1° membre du Conseil communal qui n'est ni bourgmestre, ni échevin ou membre d'un conseil de l'aide sociale autre que le président, dans une commune comptant :

a) jusqu'à 10 000 habitants : un demi-jour par mois;

b) 10 001 habitants ou plus : un jour par mois;

2° bourgmestre, échevin ou président du conseil de l'aide sociale d'une commune comptant jusqu'à 30 000 habitants : un jour par mois;

3° échevin ou président du conseil de l'aide sociale d'une commune de 30 001 habitants à 50 000 habitants : un jour par mois;

4° membre du Conseil de la Communauté germanophone, autre que le président: un jour par mois;

5° membre du Conseil provincial non membre de la députation permanente: un jour par mois.

La dispense de service se prend à la convenance de l'intéressé par jour ou demi-jour. Elle ne peut être reportée d'un mois à l'autre sauf lorsqu'elle est accordée pour l'exercice d'un mandat de conseiller provincial.

**Art. 4.** A la demande des membres du personnel, un congé politique facultatif est accordé pour l'exercice des mandats politiques suivants :

1° bourgmestre d'une commune comptant :

a) jusqu'à 30 000 habitants : de un à quatre jours par mois;

b) de 30 001 à 50 000 habitants : quart d'un emploi à temps plein;

c) de 50 001 à 80 000 habitants : moitié d'un emploi à temps plein;

2° échevin ou président du conseil de l'aide sociale dans une commune comptant :

a) jusqu'à 10 000 habitants : de un à trois jours par mois;

b) de 10 001 à 50 000 habitants : quart d'un emploi à temps plein;

c) de 50 001 à 80 000 habitants : quart d'un emploi à temps plein;

d) de 80 001 à 130 000 habitants : moitié d'un emploi à temps plein;

3° membre du bureau permanent d'un conseil de l'aide sociale dans une commune comptant :

- a) jusqu'à 10 000 habitants : un ou deux jours par mois;
- b) de 10 001 à 20 000 habitants : un, deux ou trois jours par mois;
- c) plus de 20 000 habitants : de un à cinq jours par mois;

4° membre du conseil communal qui n'est ni bourgmestre, ni échevin ou membre d'un conseil de l'aide sociale autre que le président, dans une commune comptant:

- a) jusqu'à 10 000 habitants : un demi-jour par mois;
- b) 10 001 habitants ou plus : un jour par mois.

**Art. 5.** Les membres du personnel sont mis en congé politique d'office pour l'exercice des mandats politiques suivants:

1° bourgmestre d'une commune comptant :

- a) de 20 000 à 30 000 habitants : deux jours par mois;
- b) de 30 001 à 50 000 habitants : quart d'un emploi à temps plein;
- c) de 50 001 à 80 000 habitants : moitié d'un emploi à temps plein;
- d) plus de 80 000 habitants : à temps plein.

2° échevin ou président du conseil de l'aide sociale dans une commune comptant :

- a) de 20 001 à 50 000 habitants : deux jours par mois;
- b) de 50 001 à 80 000 habitants : quart d'un emploi à temps plein;
- c) de 80 001 à 130 000 habitants : moitié d'un emploi à temps plein;
- d) plus de 130 000 habitants : à temps plein.

3° membre de la députation permanente d'un conseil provincial : à temps plein;

4° président du Conseil de la Communauté germanophone : à temps plein;

5° membre d'une des Chambres législatives, du Parlement européen, d'un Conseil de Communauté ou de Région autre que celui de la Communauté germanophone : à temps plein;

6° ministre ou secrétaire d'Etat fédéral, communautaire, régional ou membre de la Commission des Communautés européennes : à temps plein;

7° membre du Conseil de la Région de Bruxelles-Capitale : moitié d'un emploi à temps plein;

8° membre du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale : à temps plein.

Le congé politique d'office prend cours à la date de la prestation de serment qui suit l'élection ou la désignation au mandat politique visé.

**Art. 6.** Par dérogation à l'article 1er, les membres du personnel qui n'exercent pas une fonction à temps plein sont néanmoins mis en congé politique d'office à temps plein pour l'exercice d'un mandat politique prévu à l'article 5 pour autant qu'y corresponde un congé politique d'office d'au moins la moitié d'un emploi à temps plein.

**Art. 7.** Pour l'application des articles 3, 4 et 5, le nombre d'habitants est déterminé conformément aux dispositions des articles 5 et 29 de la nouvelle loi communale.

**Art. 8. § 1er.** Les périodes couvertes par un congé politique facultatif ou d'office ne sont pas rémunérées. Elles sont assimilées à des périodes d'activité de service.

Durant les périodes couvertes par un congé politique d'office en vue de l'exercice d'un mandat de membre du Conseil ou du Gouvernement wallon, les membres du personnel ne peuvent faire valoir leurs titres à la promotion.

§ 2. Pour les membres du personnel engagés par contrat de travail, ce dernier est suspendu pendant les périodes couvertes par le congé politique facultatif ou d'office. Celles-ci sont prises en considération comme services admissibles en vue de l'avancement de traitement.

**Art. 9. § 1er.** Le congé politique expire au plus tard le dernier jour du mois qui suit la fin du mandat.

A ce moment, l'intéressé recouvre ses droits statutaires ou contractuels. S'il n'a pas été remplacé dans son emploi il occupe cet emploi lorsqu'il reprend son activité. S'il a été remplacé, il est affecté à un autre emploi conformément aux dispositions fixées par le Gouvernement.

§ 2. Après leur réintégration, les membres du personnel ne peuvent pas cumuler leur traitement avec des avantages qui sont liés à l'exercice d'un mandat politique visé à l'article 5 et qui tiennent lieu d'indemnité de réadaptation.

Eupen, le 28 octobre 1996.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone:

Le Ministre-Président,

Ministre des Finances, des Relations internationales,  
de la Santé, de la Famille et des Personnes âgées,  
du Sport et du Tourisme,  
J. MARAITE

Le Ministre de la Jeunesse, de la Formation,  
des Médias et des Affaires sociales,  
K.-H. LAMBERTZ

## VERTALING

N. 97 — 823

[C — 97/33008]

**28 OKTOBER 1996. — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap tot instelling van het politiek verlof voor de personeelsleden van de gemeenschappelijke en gewestelijke dienst voor beroepsopleiding en arbeidsbemiddeling**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de wetten van 6 juli 1990, 18 juli 1990, 5 mei 1993 en 16 juli 1993;

Gelet op het decreet van 19 december 1988 houdende organisatie van de beroepsopleiding, gewijzigd bij het decreet van 29 juni 1992;

Gelet op het koninklijk besluit van 26 september 1994 tot bepaling van de algemene principes van het administratief en geldelijk statuut van de rijksambtenaren die van toepassing zijn op het personeel van de diensten van de Gemeenschaps- en Gewestregeringen en van de Colleges van de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en van de Franse Gemeenschapscommissie, alsook op de publiekrechtelijke rechtspersonen die ervan afhangen, inzonderheid op artikel 9;

Gelet op het protocol nr. 167 van het sektorcomité nr. XVI, opgemaakt op 24 februari 1995;

Gelet op het advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 11 oktober 1996;

Gelet op het akkoord van de Minister van Begroting, gegeven op 18 oktober 1996;

Gelet op de goedkeuring van de federale Minister voor Pensioenen;

Gelet op het besluit van de Waalse Regering van 6 april 1995 tot instelling van het politiek verlof voor de personeelsleden van de instellingen van openbaar nut van het Waalse Gewest;

Gelet op de gecoördineerde wetten op de Raad van State, inzonderheid op artikel 3, § 1, gewijzigd bij de wet van 4 juli 1989;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de inwerkingtreding van de desbetreffende regeling van het Waalse Gewest voor het personeel van de Gemeenschappelijke en Gewestelijke Dienst voor Beroepsopleiding en Arbeidsbemiddeling van de inwerkingtreding van dit besluit afhangt en dat de toepassing ervan in het belang van het betrokken personeel geen uitstel lijdt;

Op de voordracht van de Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden,

Besluit :

**Artikel 1.** De personeelsleden van de Gemeenschappelijke en Gewestelijke Dienst voor Beroepsopleiding en Arbeidsbemiddeling die een voltijds ambt uitoefenen, hebben, volgens de hierna bepaalde gevallen en modaliteiten, recht op politiek verlof voor het uitoefenen van een politiek mandaat of een ambt dat ermee gelijkgesteld kan worden.

In de zin van dit besluit moet onder « personeelsleden » worden verstaan de statutaire of stagedoende ambtenaren en de bij arbeidsovereenkomst aangeworven personeelsleden.

**Art. 2.** Onder « politiek verlof voor het uitoefenen van een politiek mandaat of een ambt dat ermee gelijkgesteld kan worden » dient te worden verstaan :

1° ofwel een vrijstelling van dienst die geen weerslag heeft op de administratieve en geldelijke toestand van de personeelsleden;

2° ofwel een facultatief politiek verlof dat op aanvraag van de personeelsleden wordt toegekend;

3° ofwel een politiek verlof van ambtswege waaraan de personeelsleden zich niet kunnen onttrekken.

**Art. 3.** Op de aanvraag van de personeelsleden wordt een vrijstelling van dienst toegekend voor de uitoefening van de volgende politieke mandaten:

1° gemeenteraadslid dat noch burgemeester noch schepen is of lid van een raad voor maatschappelijk welzijn, de voorzitter uitgezonderd, in een gemeente:

a) tot 10 000 inwoners : één halve dag per maand;

b) van 10 001 inwoners of meer : één dag per maand;

2° burgemeester, schepen of voorzitter van de raad voor maatschappelijk welzijn van een gemeente tot 30 000 inwoners : één dag per maand;

3° schepen of voorzitter van de raad voor maatschappelijk welzijn van een gemeente van 30 001 tot 50 000 inwoners : één dag per maand;

4° lid van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap, de voorzitter uitgezonderd : één dag per maand;

5° provincieraadslid dat geen lid is van de bestendige deputatie : één dag per maand.

De vrijstelling van dienst wordt naar keuze van de betrokkene genomen in dagen of halve dagen. Zij mag niet van een maand naar een andere worden overgedragen, tenzij zij is toegekend voor het uitoefenen van een mandaat van provincieraadslid.

**Art. 4.** Op de aanvraag van de personeelsleden wordt een facultatief politiek verlof toegekend voor de uitoefening van de volgende politieke mandaten :

1° burgemeester van een gemeente :

a) tot 30 000 inwoners : één tot vier dagen per maand;

b) van 30 001 tot 50 000 inwoners : het vierde van een voltijds ambt;

c) van 50 001 tot 80 000 inwoners : de helft van een voltijds ambt;

2° schepen of voorzitter van de raad voor maatschappelijk welzijn van een gemeente:

a) tot 10 000 inwoners : één tot drie dagen per maand;

b) van 10 001 tot 50 000 inwoners : het vierde van een voltijds ambt;

c) van 50 001 tot 80 000 inwoners : het vierde van een voltijds ambt;

d) van 80 001 tot 130 000 inwoners : de helft van een voltijds ambt;

3° lid van het bestendig bureau van een raad voor maatschappelijk welzijn van een gemeente :

a) tot 10 000 inwoners : één of twee dagen per maand;

b) van 10 001 tot 20 000 inwoners : één, twee of drie dagen per maand;

c) van meer dan 20 000 inwoners : één tot vijf dagen per maand;

4° gemeenteraadslid dat noch burgemeester, noch schepen is of lid van een raad voor maatschappelijk welzijn, de voorzitter uitgezonderd, in een gemeente :

a) tot 10 000 inwoners : één halve dag per maand;

b) van 10 001 inwoners of meer : één dag per maand.

**Art. 5.** De personeelsleden worden met politiek verlof van ambtswege gezonden om de volgende politieke mandaten uit te oefenen :

1° burgemeester van een gemeente :

a) van 20 000 tot 30 000 inwoners : twee dagen per maand;

b) van 30 001 tot 50 000 inwoners : het vierde van een voltijds ambt;

c) van 50 001 tot 80 000 inwoners : de helft van een voltijds ambt;

d) van meer dan 80 000 inwoners : voltijds;

2° schepen of voorzitter van de raad voor maatschappelijk welzijn van een gemeente :

a) van 20 001 tot 50 000 inwoners : twee dagen per maand;

b) van 50 001 tot 80 000 inwoners : het vierde van een voltijds ambt;

c) van 80 001 tot 130 000 inwoners : de helft van een voltijds ambt;

d) van meer dan 130 000 inwoners : voltijds;

3° lid van de bestendige deputatie van een provincieraad : voltijds;

4° voorzitter van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap : voltijds;

5° lid van één der Wetgevende Kamers, van het Europees Parlement, van een Gemeenschap- of Gewestraad, die van de Duitstalige Gemeenschap uitgezonderd : voltijds;

6° Minister of Staatssecretaris van de federale Staat, van een Gemeenschap of een Gewest of lid van de Commissie van de Europese Gemeenschappen : voltijds;

7° lid van de Raad van het Brussels Hoofdstedelijk Gewest : de helft van een voltijds ambt;

8° lid van de Regering van het Brussels Hoofdstedelijk Gewest : voltijds.

Het politiek verlof van ambtswege begint op de datum van de eedaflegging volgend op de verkiezing of de aanwijzing voor het bedoelde politiek mandaat.

**Art. 6.** In afwijking van artikel 1 worden de personeelsleden die geen voltijds ambt uitoefenen niettemin met voltijds politiek verlof van ambtswege gezonden voor de uitoefening van een in artikel 5 bepaald politiek mandaat, voor zover daaraan een politiek verlof van ambtswege beantwoordt waarvan de duur ten minste de helft van een voltijds ambt belooft.

**Art. 7.** Voor de toepassing van artikelen 3, 4 en 5 wordt het aantal inwoners bepaald overeenkomstig de bepalingen van de artikelen 5 en 29 van de nieuwe gemeentewet.

**Art. 8. § 1.** De periodes gedekt door een facultatief politiek verlof of een politiek verlof van ambtswege worden niet bezoldigd. Zij worden gelijkgesteld met periodes van dienstactiviteit.

Tijdens de periodes gedekt door een politiek verlof van ambtswege voor de uitoefening van een mandaat van lid van de Waalse Raad of Regering mogen de personeelsleden geen aanspraak maken op bevordering.

§ 2. Voor de bij arbeidsovereenkomst aangeworven personeelsleden wordt deze overeenkomst geschorst tijdens de periodes gedekt door een facultatief politiek verlof of een politiek verlof van ambtswege. Deze periodes worden beschouwd als voor bevordering tot een hogere wedde in aanmerking komende diensten.

**Art. 9.** Het politiek verlof eindigt uiterlijk op de laatste dag van de maand volgend op het einde van het mandaat.

Vanaf dat ogenblik herkrijgt de belanghebbende zijn statutaire of contractuele rechten. Indien hij niet in zijn betrekking werd vervangen, bekleedt hij opnieuw die betrekking wanneer hij zijn dienst hervat. Indien hij wel is vervangen, wordt hij voor een andere betrekking aangewezen overeenkomstig de door de Regering vastgestelde regeling.

§ 2. De personeelsleden mogen na hun wederopneming hun wedde niet cumuleren met voordelen die verbonden zijn aan de uitoefening van een in artikel 5 bedoeld mandaat en die een wederaanpassingsvergoeding uitmaken.

Eupen, 28 oktober 1996.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,

Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen,  
Gezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme,

J. MARAITE

De Minister van Jeugd, Vorming, Media  
en Sociale Aangelegenheden,

K.-H. LAMBERTZ